

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Unterrichten statt Abordnungen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend die Abordnungsstunden grundständig qualifizierter Lehrkräfte zu reduzieren, um den eklatanten Lehrkräftemangel an Berlins Schulen kurzfristig zu beheben. Dabei sollen insbesondere abgeordnete Lehrerinnen und Lehrer aus dem Bereich der Schulinspektion, der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Tätigkeiten in der Senatsbildungsverwaltung wieder zurück in die Schulen geschickt werden. Die Anzahl der Abordnungsstunden in diesen Feldern ist unverhältnismäßig hoch und kann mit pragmatischen Maßnahmen reduziert werden, ohne Einschränkungen in diesen Bereichen erwarten zu müssen.

Begründung:

Der Senat hat in einer offiziellen Presseerklärung ein Defizit von 920 Lehrkräften in Berlin für das kommende Schuljahr prognostiziert. Das bisherige Angebot, um diese gravierende Lücke in der Unterrichtserteilung und der Vermittlung von Bildung zu schließen, sind ausschließlich Kürzungen der Stundentafel. Mal sind es Kürzungen im Fachunterricht, mal Einschränkungen im Bereich der Sprachförderung und Integration, jedes Mal stellt die Kürzung an Qualität und Zuwendung kein geeignetes Mittel dar.

Dem gegenüber stehen jährliche Abordnungen von Lehrkräften in der Höhe von 800 VZE (vgl. Schriftliche Anfrage 19/12640: Abgeordnete Lehrer als mögliche Joker im Personal-Krimi II)! 800 Lehrer, die grundständig ausgebildet sind und den Schülerinnen und Schülern nicht zur

Verfügung stehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten eines Lehrers sind in §67 Berliner SchulG geregelt. Dabei wird der Bildungs- und Erziehungsauftrag deutlich hervorgehoben.

Bisher hat der Senat keine Maßnahmen zur kurzfristigen Unterstützung für die Berliner Schulen benannt. Dabei erscheinen (Teil-)Kürzungen in den einzelnen Abordnungsstunden als probates Mittel, um Unterricht entsprechend der gesetzlich geregelten Stundentafel auch im kommenden Schuljahr garantieren zu können. Ebenso könnten mit den so gewonnenen Lehrkräften Förder- und Förderangebote für Schülerinnen und Schüler aufrechterhalten werden, die in Zeiten jahrelanger Pandemie mehr als geboten sind.

In Zeiten dramatisch begrenzter Ressourcen müssen Entscheidungen auch im Sinne schutzbedürftiger Personen getroffen werden. Zusätzliche Belastungen für erwachsene Arbeitnehmer scheinen dabei eher ein zu tragender Kompromiss zu sein als Bildungs- und Qualitätsdefizite für Kinder und Jugendliche, die ohnehin die letzten zwei Jahre häufig nachrangig bedacht wurden.

Berlin, 22. August 2022

Wegner Günther-Wünsch
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU